

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Sebastian Walter und Laura Neugebauer (GRÜNE)

vom 15. Juli 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Juli 2024)

zum Thema:

**Diskriminierungsschutz für LSBTIQ* ins Grundgesetz – jetzt wird's konkret:
Was tut der Regierende Bürgermeister dafür, um sein Versprechen beim CSD
2023 einzulösen?**

und **Antwort** vom 1. August 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 1. August 2024)

Der Regierende Bürgermeister
von Berlin
- Senatskanzlei -

Herrn Abgeordneten Sebastian Walter (GRÜNE)
Frau Abgeordnete Laura Neugebauer (GRÜNE)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/19736

vom 15. Juli 2024

über Diskriminierungsschutz für LSBTIQ* ins Grundgesetz – jetzt wird's konkret: Was tut der Regierende Bürgermeister dafür, um sein Versprechen beim CSD 2023 einzulösen?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Laut dpa-Meldung zu der Ankündigung des Regierenden Bürgermeisters sich für eine Bundesratsinitiative zur Ergänzung Art. 3 des Grundgesetzes um das Merkmal „sexuelle Identität“ einzusetzen, führe der Senat „viele Gespräche“¹.

1. Welche konkreten Gespräche oder Verhandlungen hat der Regierende Bürgermeister seit dem CSD 2023 diesbezüglich mit politischen Akteur*innen auf der Bundesebene, insbesondere mit der CDU-Bundestagsfraktion und dem Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz, geführt? (Bitte um Angabe von Datum, Teilnehmenden, Tagesordnung und Ergebnissen)

Zu 1.: Siehe Antwort zu Frage 3.

¹ <https://www.tagesspiegel.de/berlin/sexuelle-identitaet-ins-grundgesetz-berlins-regierender-buergermeister-halt-an-bundesratsinitiative-fest-11830319.html>

2. Welche konkreten Gespräche oder Verhandlungen hat der Regierende Bürgermeister seit dem CSD 2023 diesbezüglich mit politischen Akteur*innen auf Länderebene, insbesondere mit CDU-geführten bzw. CDU-mitregierten Landesregierungen und CDU-Landtagsfraktionen, geführt? (Bitte um Angabe von Datum, Teilnehmenden, Tagesordnung und Ergebnissen)

Zu 2.: Siehe Antwort zu Frage 3.

3. Welche spezifischen Schritte hat der Regierende Bürgermeister darüber hinaus seit der Ankündigung bei der Eröffnung des Berliner Christopher Street Days (CSD) 2023 unternommen, um die Aufnahme queerer Rechte ins Grundgesetz voranzutreiben?

Die Fragen 1, 2 und 3 werden wegen des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet. Der Regierende Bürgermeister führt zahlreiche Gespräche mit vielen politischen Akteurinnen und Akteuren auf Bundesebene und mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesländer über verschiedene politische Themen und bei unterschiedlichen Anlässen, teilweise auch spontan, informell und ohne fachliche Begleitung. In diesen Gesprächen geht es unter anderem auch um die Abstimmung und Einbringung von Bundesratsinitiativen, beispielsweise zur Änderung von Artikel 3 des Grundgesetzes.

4. Wann wird der Senat die Bundesratsinitiative zur Erweiterung Art. 3 GG beschließen, nachdem die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – laut öffentlicher Berichterstattung – bereits vor Wochen einen Entwurf dieser Initiative der Senatskanzlei hat zukommen lassen?

Zu 4.: Siehe Antwort zu Frage 5.

5. Welche Maßnahmen zur begleitenden Unterstützung der geplanten Bundesratsinitiative auf Bundes- und Länderebene sind dazu geplant?

Die Fragen 4 und 5 werden wegen des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet. Die etwaige Einbringung einer Bundesratsinitiative zur Änderung von Artikel 3 GG ist derzeit noch Gegenstand der Beratungen im Senat.

6. Welche öffentlichen Stellungnahmen, Kampagnen oder Initiativen hat der Regierende Bürgermeister zur Ergänzung Art. 3 GG um „sexuelle Identität“ unterstützt oder initiiert?

Der Regierende Bürgermeister hat sich in Hintergrundgesprächen, Interviews oder auf Medienanfragen zur Erweiterung Artikel 3 Grundgesetz geäußert. Etwa gegenüber dpa wie folgt:

Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner: „Ich bin seit langem dafür, Artikel 3 im Grundgesetz um das Merkmal sexuelle Identität zu erweitern, und verweise deshalb auch auf unseren Koalitionsvertrag und die Richtlinien der Regierungspolitik. Wir führen als Berliner Senat viele Gespräche. Unser Ziel ist es, dass eine Bundesratsinitiative für die Erweiterung des Artikels 3 Grundgesetz dann auch im Bundesrat erfolgreich ist und die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit erhält. Grüne und Linke haben im Jahr 2018 gezeigt, wie man es nicht macht. Das damals rot-rot-grün regierte Land Berlin ist mit seiner damaligen Bundesratsinitiative im Bundesrat gescheitert. Wir dagegen wollen Erfolg haben.“

7. Gibt es spezifische Pläne oder Maßnahmen zur Sensibilisierung und Information der Berliner Stadtgesellschaft über die Notwendigkeit und Bedeutung der Aufnahme queerer Rechte ins Grundgesetz?

Nein.

Berlin, den 1. August 2024

Der Regierende Bürgermeister
In Vertretung

Florian Graf
Chef der Senatskanzlei